



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Die Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten wirksam unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/248](#)

Fairer Lastenausgleich zwischen Land und Kommunen bei der Unterbringung Geflüchteter

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 20/310](#) (neu)

Mit Plenarbeschluss vom 25. November 2022 hat der Landtag den Antrag der Fraktion der SPD sowie den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW dem Innen- und Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Der Innen- und Rechtsausschuss hat die Vorlage in seiner Sitzung am 7. Dezember 2022 mit der Landesregierung, einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände und dem stellvertretenden Flüchtlingsbeauftragten des Landes beraten.

Sodann hat der Ausschuss die Beratung abgeschlossen. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der SPD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 20/248](#), zur Ablehnung.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von SPD und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den Alternativantrag, [Drucksache 20/310](#) (neu), zur Annahme.

Jan Kürschner
Vorsitzender